



Viel gemacht für die Umwelt. Tischlermeister Georg Brückner in Markkleeberg ist stolzes Mitglied der Umweltallianz. Foto: kairospres

Sachsen müssen jetzt beweisen, dass sie grün arbeiten

Viele Firmen schmückten sich bislang mit dem Label der Umweltallianz Sachsen.

VON JONAS GERDING

Georg Brückner will sich nicht ausruhen auf dem, was er erreicht hat. Erst tauschte er die Ölheizung seiner Tischlerei aus durch eine, in der er Holzabfälle verfeuern kann. Dann ließ der Geschäftsführer von Innenbau & Design Fotovoltaikpaneele auf dem Dach montieren. Er hat für die 18 Mitarbeiter einen Firmenwagen angeschafft, der mit elektrischem Strom angetrieben wird und sich Wissenschaftler einer Leipziger Hochschule ins Haus geholt, um die Energieeffizienz zu steigern.

Für das Engagement wurde der Betrieb aus Markkleeberg kürzlich in die Umweltallianz Sachsen aufgenommen. Eine Ehre, die jedoch verblasst, wenn sich die Firma mit anderen Mitgliedern vergleicht: Von den neun konkurrierenden Tischlereien haben sechs die Auszeichnung vor mehr als zehn Jahren bekommen. Kontrolliert wurden sie seitdem nicht mehr.

„Wenn ein Unternehmen im Jahr 2002 mal bewertet wurde, ist heute nicht mehr nachvollziehbar, welche aktuellen Umweltleistungen es vollbringt“, sieht selbst Henryk Gutt ein. Deshalb hat der Leiter der Geschäftsstelle der Umweltallianz eine Reform umgesetzt. Ab diesem Jahr wird Unternehmen keine Mitgliedschaft mehr in Aussicht gestellt, sondern ein Siegel verliehen, das eine konkrete Jahreszahl trägt.

Die Umweltallianz Sachsen wurde vor 18 Jahren gegründet. Unter der Koordination des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt- und Landwirtschaft einigten sich Wirtschaftsverbände des Freistaats auf Umweltkriterien, die für die Auszeichnung erfüllt werden müssen. Mehr als 880 Firmen haben sich bereits erfolgreich beworben. Darunter sind VW, das ein Umweltmanagementsystem eingeführt und Radeberger, das nachweislich den Energieverbrauch reduziert hat. In der Liste finden sich auch viele kleine und mittelständische Unter-

nehmen: Orthopädienschuhmacher, die Umweltbilanzen erstellen, Kunsthandwerker, die nur zertifiziertes Holz einkaufen und fast 200 land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die sich beispielsweise an Naturschutzprogrammen beteiligen. Auch Chemiekonzerne wie Dow und Filialen von McDonald's haben es in den Klub geschafft.

„Die Geschäftsform an sich darf nicht Teil der Leistung sein“, erklärt Henryk Gutt. So seien Solarfirmen und Umweltberatungen nicht per se ökologisch. Entscheidend seien die konkreten Maßnahmen, die Unternehmen durchführen. „Wir würdigen freiwillige Umweltleistungen, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen“, fasst Gutt zusammen.

Freiwilligkeit nütze nichts

Bewerber für die Umweltallianz können anerkannte Standards vorlegen, die sie bereits erlangt haben: das EMAS-Zertifikat der EU zum Beispiel, das den Aufbau eines Umweltmanagementsystems bescheinigt. Firmen können auch einzelne ökologische Verbesserungen auflisten.

Für die Bewerbung von Innenbau & Design hat der Geschäftsführer alle Umweltmaßnahmen der vergangenen Jahre zusammengetragen. Seit der Gründung vor 19 Jahren hat Georg Brückner mit Öl geheizt. Als vor sechs Jahren eine neue Werkshalle errichtet wurde, stieg er auf einen Ofen um, der die Holzreste verbrennt, die bei der Produktion von Möbeln für Büros, Gaststätten und Privathaushalten anfallen. „Davor haben wir das zentral gesammelt und dann entsorgt“, berichtet der 47-Jährige. 50 bis 60 Tonnen Abfall können so jährlich gespart werden. Die Fotovoltaikanlage produziert jährlich 83 000 Kilowattstunden Strom und dank des Elektroautos, einem Renault Kangoo Z.E., könne auf 1 200 Liter Kraftstoff im Jahr verzichtet werden. Mit der Auszeichnung der Umweltallianz ist Brückner nun nicht nur Teil

eines Netzwerkes. Auf der Webseite kann er die Firma nun auch mit dem Logo der Initiative als nachhaltig präsentieren. Und je anspruchsvoller die Vergabe eines Siegels ist, desto besser. Das weiß auch Brückner, der mit Skepsis auf Firmen blickt, die bereits vor Jahrzehnten in die Umweltallianz aufgenommen wurden, aber seitdem keine ökologischen Maßnahmen mehr belegen mussten.

„Mit dem Siegel möchten wir nun einen Anreiz schaffen, dass sich die Unternehmen immer wieder neu bewerben“, sagt Gutt von der Geschäftsstelle der Umweltallianz. Rückwirkend bekommen nur die Teilnehmer der Umweltallianz das Siegel ausgestellt, die vor weniger als drei Jahren beigetreten sind. Der Rest kann sich neu bewerben.

„Das ist ein Schritt in die richtige Richtung“, wird die Reform von Wolfram Günther kommentiert, der für Bündnis 90/Die Grünen im sächsischen Landtag sitzt. Er zweifelt jedoch an der Glaubwürdigkeit der Auszeichnung, die er in seiner bisherigen Form als „leicht zu bekommenes Marketinglabel“ bezeichnet. „Es sollte Mindestanforderungen auf verschiedenen Ebenen geben“, meint er. Bewerber müssten beispielsweise nachweisen, dass sie bei der Vergabe von Aufträgen auf ökologische Kriterien achten würden und Güter nachhaltig, also vermehrt mit Eisenbahnen anstelle von Lkws, transportieren würden. Auch Tabu-Kriterien, deren Verletzung eine Auszeichnung unmöglich machen, hält Günther für sinnvoll. Initiativen wie die Umweltallianz, die auf reiner Freiwilligkeit beruhen, sieht der BUND Sachsen kritisch. „Wenn durch ständig steigenden Konsum der ökologische Fußabdruck ständig steigt, reicht es nicht, die ganzen überflüssigen Produkte nachträglich ein bisschen grüner zu machen“, urteilt Felix Eckardt, der Sprecher des Umweltverbands. Er fordert strengere gesetzliche Rahmenbedingungen.

„Wir werden bei Bombardier um jeden Arbeitsplatz kämpfen“

Trotz der Zusage, keine deutschen Standorte zu schließen, bangen die Waggonbauer in Bautzen und Görlitz um ihre Jobs. Jetzt meldet sich der IG-Metallchef von Sachsen, Berlin und Brandenburg zu Wort. Ein Gastbeitrag.

VON OLIVIER HÖBEL*



Oliver Höbel (60), gebürtiger Münchener und gelernter Kfz-Mechaniker, ist Sprachrohr von 88 000 IG-Metall-Mitgliedern in Sachsen. Foto: von Polenz/transinfo

Die Nachricht über mögliche Standort-schließungen in den Werken Görlitz und Bautzen beim kanadischen Bahnhersteller Bombardier haben Öffentlichkeit und Politik aufgeschreckt. Vor einem Jahr war der Abbau von 1 430 Arbeitsplätzen in Deutschland vollzogen worden. Im Herbst war die Rede von bis zu 5 000 weiteren Jobs weltweit mit Schwerpunkt in Deutschland. Schlimmer noch als die Hiobsbotschaft selbst war die Art dieser Mitteilungen: Sie zeigten, dass das Management von Bombardier, das in immer kürzeren Abständen ausgewechselt wird, kein unternehmerisches Zukunftskonzept entwickelt, sondern sich offenkundig nach der Logik des Kapitalmarkts richtet.

Deshalb war das Gespräch von IG Metall und Betriebsrat mit der Unternehmensführung bei Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel ein wichtiges Signal. Auch die Ministerpräsidenten von Sachsen und Brandenburg haben sich aktiv eingeschaltet. Dies sendet ein klares Zeichen an die Führung von Bombardier: Die Politik beobachtet und begleitet die Entwicklungen bei dem Unternehmen mit Argusaugen.

Vereint wurde unter Vermittlung der Politik ein Dialog über die Zukunft von Standorten und Jobs bei Bombardier. Dialog heißt für uns nicht, dass wir uns fertige Abbau-Konzepte noch einmal erklären lassen, sondern dass wir die Themen Produktivität, Beschäftigungssicherung und Innovation gemeinsam mit dem Unternehmen bearbeiten. Bombardier muss jetzt das Unternehmenskonzept auf den Tisch legen, damit die zugrunde liegenden Annahmen überprüft werden können. Dies ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen gemeinsamen Dialog und Prozess.

Alle Pläne, die von einem Szenario von betriebsbedingten Kündigungen und Massenentlassungen oder gar Standort-schließungen ausgehen, werden auf den unterschiedlichen Widerstand der IG Metall stoßen. Dass Veränderungsbedarf besteht, haben IG Metall und Betriebsrat selbst erkannt. Deshalb haben wir schon im Frühjahr vergangenen Jahres den „Fahrplan Zu(g)kunft“ vorgelegt. Darin sind viele substanzvolle Vorschläge für mehr Wettbe-

werbsfähigkeit und höhere Produktivität aufgezählt. Allerdings sind seither keine Taten gefolgt. Gewerkschaft und Betriebsräte arbeiten aktiv an der Zukunftsperspektive – im Gegenzug erwarten wir Beschäftigungssicherheit, Standort- und Kompetenzzusagen.

Die Bahnindustrie ist in Deutschland nach der Automobilindustrie eine der technologischen Leitbranchen im weiter an Bedeutung zunehmenden Mobilitätssektor. Die Technologie- und Innovationskompetenz der Bombardier-Belegschaften und -Standorte sind unverzichtbarer Bestandteil dieses Bahn-Clusters. Deutschland und Europa sind wichtige Wachstumsmärkte für Mobilität und Schienenfahrzeuge.

Politik und die Deutsche Bahn als wichtigster Akteur und Nachfrager von Schienenfahrzeugen haben die Verpflichtung, darauf zu achten, dass Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden. Wenn die Bundesregierung die Bahn mit Milliardenbeträgen aus Steuergeldern stützt, wie gerade erst geschehen, ist es nur folgerichtig, dass die Bahn neue Züge auch in Deutschland bestellt.

Die Standorte von Bombardier in Brandenburg und Sachsen sind unverzichtbare Eckpfeiler der industriellen Entwicklung in den Regionen. Sie geben den Beschäftigten und ihren Familien Einkommen, soziale Sicherheit und bringen Kaufkraft in die Regionen. Sie sind außerdem Quelle für Steuereinnahmen der öffentlichen Hand sowie für Aufträge an Zulieferer, Dienstleister und Handwerker in den Regionen und sichern so Tausende weitere Arbeitsplätze.

Jeder Arbeitsplatz hat für uns ein Gesicht. Eine Kollegin oder ein Kollege mit seiner Familie wird sichtbar hinter dem abstrakten Begriff „Arbeitsplatz“. Wir werden um jeden Arbeitsplatz kämpfen!

* Unser Autor ist seit 2004 Bezirksleiter der Industriergewerkschaft Metall für Sachsen, Berlin und Brandenburg.

ANZEIGE

Karriere Start

EBZ e. V. stellt Berufe und Ausbildung im E-Handwerk vor

Das Elektrobildungs- und Technologiezentrum e. V. (EBZ) bietet von der Berufsorientierung über die Berufsausbildung bis hin zu aktuellen Weiterbildungen und zukunftsweisenden Studienformen ein breites Spektrum von Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für Schüler, Gymnasiasten und Fachkräfte an. Als anerkanntes Kompetenzzentrum und Partner von zahlreichen Unternehmen aus Handwerk und Industrie, vor allem im Zukunftsbereich der Elektro- und Energietechnik, wollen wir die Angebote und Perspektiven erlebbar präsentieren und u. a. mit Interessenten für betriebliche Ausbildungs- und Studienplätze ins Gespräch kommen.

Elektrobildungs- und Technologiezentrum e. V.
www.ebz.de
Halle 2, Stand B 16

20.-22. Januar 2017 * Messe Dresden

Sockenstricker rettet Sockenstricker

Hohenstein-Ernstthal. Das Strumpfwerk Lindner in Hohenstein-Ernstthal setzt seinen Expansionskurs fort und rettet durch eine Firmenübernahme mehr als 20 Arbeitsplätze. Nach der Firma Venocare-Med aus Sulzburg im Schwarzwald im vorigen Jahr übernimmt das Unternehmen nun die vor der Schließung stehende Epesa GmbH aus Leukersdorf im Erzgebirgskreis. „Wir erhoffen uns eine Ausweitung des Umsatzes“, sagte Thomas Lindner, Geschäftsführer des Familienunternehmens.

Wie der Firmenchef erläuterte, werden bis zum März 21 Beschäftigte und 36 Maschinen sowie die Kundenbeziehungen übernommen. „Keiner verliert seinen Arbeitsplatz“, sagte Lindner. Der Verband der Nord-Ostdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie (vti) lobte dies als gute Lösung. „Obwohl es diesmal keine klassische Nachfolgeregelung im Sinne des Weiterbestehens von Epesa ist, bleiben Know-how, Arbeitsplätze und Produktionskapazitäten unmittelbar in der Region erhalten“, sagte vti-Geschäftsführer Peter Werkstätter. Die Epesa GmbH steht vor dem Aus, weil Ge-



Lysann Springer schaut sich die Socken im Strumpfwerk Lindner GmbH in Hohenstein-Ernstthal (Sachsen) genau an. Die Strumpffabrik steht vor der nächsten Übernahme. Foto: dpa

schäftsführer Rolf-Jürgen Hauer in den Ruhestand gegangen ist und sich kein Nachfolger gefunden hat. Nach Hauer's Worten werden weitere acht Beschäftigte zum Strumpfhersteller Breitex nach Dittersdorf (Erzgebirgskreis) wechseln und die übrigen

Mitarbeiter in den Ruhestand gehen. Sowohl die Maschinen als auch die Arbeitskräfte sollen am Stammsitz in Hohenstein-Ernstthal integriert werden. Dorthin hatte Lindner bereits das Großhandelsunternehmen Venocare-Med verlagert. (dpa)

NACHRICHTEN

Netto erfindet Regionah-Siegel

Dresden. Wieder ein neues Zeichen am Supermarktregal: Die Handelskette Netto mit dem schwarzen Hund kennzeichnet künftig Produkte mit dem Siegel „Regionah“, wenn die Produktionsstätte im selben Bundesland steht wie der Laden. Netto nennt als Beispiele Bautzener Senf, Nudeln aus Riesa und Heinerthaler Käse. Allerdings weisen andere Märkte von Konsum bis Kaufland ebenfalls gerne auf Produkte aus der Region hin. (SZ/mz)

Hugo Boss geht's nicht so gut

Metzingen. Der Modekonzern Hugo Boss hat 2016 mit einem Umsatzrückgang abgeschlossen. Die Erlöse gingen 2016 um vier Prozent auf 2,7 Milliarden Euro zurück. Um Währungseffekte bereinigt lag das Minus mit zwei Prozent im Rahmen der Planungen. Hinter dem Modekonzern liegt ein Jahr des Umbaus. Boss war mit einer teuren Ladenexpansion und dem Versuch, die Marke Boss im Luxussegment zu etablieren, gescheitert. (dpa)

Mittelstand braucht Ausländer

Frankfurt am Main. Deutschlands Mittelständler profitieren einer Studie der staats-eigenen Förderbank KfW zufolge von der Zuwanderung. Drei von vier mittelständischen Unternehmen beschäftigen ausländische Mitarbeiter. Der Großteil von ihnen stammt aus EU-Ländern. Etwa 250 000 Flüchtlinge fanden in den vergangenen fünf Jahren eine Beschäftigung bei kleineren und mittleren Firmen – meist als Auszubildende oder Aushilfen. (dpa)

Caravan-Branche am Limit

Stuttgart. Auf ihrem Wachstumskurs stößt Deutschlands Wohnmobil-Branche an ihre Grenzen, so Holger Siebert, so der Caravanning Industrie Verband (CIVD). Die hohe Nachfrage habe man zuletzt noch durch Leiharbeiter und Zwei-Schicht-Betrieb decken können. Die Caravanning-Branche wächst mit Herstellern wie Hymel, Knaus Tabbert und Hobby kräftig. 2016 wurden in Deutschland gut 35 000 Reisemobile neu zugelassen – so viele wie nie zuvor. (dpa)